

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

47. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 6 · 12. Juli 2016

Kampf gegen Terror

Die Gefahr durch Salafismus und islamischen Terrorismus – ein Schwerpunkt des Verfassungsschutzberichts, über dessen Ergebnisse die Abgeordneten in einer Aktuellen Stunde debattierten. S. 5

Hafenkonzept

Der Landtag diskutierte über das Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept der rot-grünen Landesregierung.

S. 3

Schutz für Frauen

Das Thema „Sexualisierte Gewalt“ stand im Mittelpunkt einer Anhörung des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation. Es ging u. a. um Hilfsangebote. S. 7-9

Rechte von Kindern

Die Forderung nach Einsetzung eines Landesbeauftragten für die Rechte und Belange von Kindern und Jugendlichen hat den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend beschäftigt. S. 15



Herzlichen Glückwunsch, NRW!
Das „Bindestrich-Land“ wird 70

Foto: Schälte

Schutz für Frauen und Mädchen

Die massenweisen Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht 2015 – sie beschäftigen weiter die Landespolitik. Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation befasste sich nun mit zwei Anträgen zum Thema „Sexualisierte Gewalt“. In einer Anhörung äußerten sich Sachverständige dazu. Dabei ging es u. a. um die bestehenden Hilfsangebote für betroffene Frauen und Mädchen. Auf den Seiten 7 bis 9 lesen Sie einen Bericht über die Anhörung und die Standpunkte der Expertinnen und Experten der fünf Fraktionen zum Thema „Sexualisierte Gewalt“.

Debatte über einen Kinderbeauftragten

Braucht Nordrhein-Westfalen einen Kinder- und Jugendbeauftragten? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Sachverständigen-Anhörung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend. Die Expertinnen und Experten waren sich nicht einig: Ein Teil befürwortete die Einsetzung eines Landesbeauftragten für die Rechte und Belange von Kindern und Jugendlichen. Andere dagegen beurteilten die Forderung skeptisch (Seite 15).

Kontroverse Debatten und zahlreiche Beschlüsse bestimmten die letzten drei regulären Plenarsitzungen vor der parlamentarischen Som-

merpause Anfang Juli. Die Abgeordneten debattierten u. a. über das Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept der Landesregierung, den Verfassungsschutzbericht 2015 und den „Brexit“. Landtag Intern berichtet auf den Seiten 3 bis 5 über die Sitzungen.

Nur noch wenige Wochen und in Nordrhein-Westfalen steigt eine große Party: Vom 26. bis 28. August 2016 findet in Düsseldorf das NRW-Fest mit erwarteten 1 Million Besucherinnen und Besuchern statt. Anlass ist ein runder Geburtstag: Am 23. August 1946 – vor 70 Jahren – war das „Bindestrich-Land“ Nordrhein-Westfalen von den Briten aus der Taufe gehoben worden. Der Landtag feiert natürlich mit und lädt alle Interessierten zu zwei Tagen der offenen Tür ein. In unserer Jubiläumsreihe lesen Sie ein Interview mit Landtagspräsidentin Carina Gödecke. Wir stellen Ihnen sieben Jahrzehnte Landtagsgeschichte in Zahlen sowie das Programm der fünf Fraktionen für die beiden Tage der offenen Tür vor (Seiten 10 bis 13 und Seite 20).

Landtag Intern verabschiedet sich bis zur nächsten Ausgabe im September und wünscht Ihnen eine erholsame und schöne Sommerzeit. Wir lesen uns!

wib



Titelthema: 70 Jahre NRW

Interview mit Landtagspräsidentin Carina Gödecke 10-11

Sieben Jahrzehnte Landtag in Zahlen 12-13

Tage der offenen Tür – das Programm 20

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Sonja Wand (sow), Daniela Braun (bra), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2324 (wib), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Kai Schumacher (CDU), Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Mario Tants (PIRATEN).

Redaktionsschluss: Freitag, 8. Juli 2016, 11 Uhr

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

Griebisch & Rochol Druck GmbH & Co. KG

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Inhalt

Plenum

Debatte über Logistikkonzept 3

Meldungen 4

Gefahr Extremismus 5

Gesetzgebung 6

Schwerpunkt

„Sexualisierte Gewalt“ Thema im Ausschuss 7

Standpunkte 8-9

Aus den Ausschüssen

Meldungen 14

Debatte über Kinderbeauftragten 15

Aus den Fraktionen 16-17

Forum

So war der Jugend-Landtag 2016 18

Im Porträt: Simone Brand (PIRATEN) 19

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Stadt, Land, Fluss

Landtag diskutiert Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept

6. Juli 2016 – 2.200 Kilometer Autobahnen, 4.900 Kilometer Bundesstraßen, 12.800 Kilometer Landstraßen, 9.800 Kilometer Kreisstraßen, 6.500 Kilometer Schienen und 720 Kilometer Wasserstraßen mit 122 Häfen: Für die Logistikbranche biete NRW eine europaweit einmalige Infrastruktur, sagt Verkehrsminister Michael Groschek. Im Plenum stellte er das neue Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept der Landesregierung vor. Die Opposition stimmte den Kernaussagen zu, übte aber auch Kritik: Das neue Konzept hätte viel früher vorgelegt werden müssen.



Foto: Schälte

Es sieht u. a. eine bessere verkehrliche Anbindung der Binnenhäfen vor. Darüber hinaus soll es Flächen für Umschlag und Logistik an den Hafenstandorten sichern und den Umweltschutz fördern.

„Die Standortqualität Nordrhein-Westfalens steht außer Zweifel“, betonte Verkehrsminister **Michael Groschek** (SPD). NRW sei die logistische Drehscheibe Westeuropas, das Konzept eine Anleitung für die kommenden zehn Jahre. Es gehe darum, Flächen bereitzustellen und die Infrastruktur auszubauen. Groschek verwies auf den veränderten Wettbewerb der Seehäfen: Die Güterverteilung verlagere sich vom Nordatlantik aufs Mittelmeer. Vorrangiger Vergleichspunkt für NRW seien nicht mehr Rotterdam oder Hamburg, dies sei vor allem Istanbul als Brückenkopf nach Asien. Hier müsse NRW auch auf Logistikmessen Präsenz zeigen.

„Rhein-Vertiefung“

Auch **Klaus Vosssem** (CDU) unterstrich die Bedeutung der Wasserverkehrswege: „Ohne die Binnenschifffahrt wäre NRW nicht das Land, das es heute ist.“ Das Konzept der Landesregierung sei zwar eine ordentliche Basis, komme aber verspätet, kritisierte Vosssem. Um den Transport von mehr Gütern aufs Wasser zu verlagern, sei es wichtig, die Fahrinne des Rheins zwischen Duisburg und Bonn zügig zu vertie-

fen, betonte Vosssem. Er forderte die Regierung auf, sich klar zu dem Projekt zu bekennen. Zudem müsse Rot-Grün die unterschiedlichen Verkehrsträger besser vernetzen – Kooperation statt Konkurrenz sei die Devise.

Es liege ein „sehr gutes Konzept“ vor, das nun „Schritt für Schritt zum Wohle der Menschen im Land“ umgesetzt werden müsse, sagte **Jochen Ott** (SPD). Er sprach von „großem Konsens“. Die Binnenschifffahrt sei ein „schlafender Riese mit enormem Entwicklungspotenzial“. Sie sei geeignet, viel mehr Güter als bislang zu transportieren. Dies schaffe Arbeitsplätze, biete Perspektiven für viele Menschen und sei eine „riesige Chance für unser Land“. Das Mehr an Lebensqualität sei aber auch mit Belastungen wie Lärm und Verschmutzung verbunden. Eine gute Infrastruktur sichere jedoch den Wohlstand.

Bei dem Konzept sei nicht alles rund gelaufen, sagte **Christof Rasche** (FDP). Dass es 5 Monate nach dem Kabinettsbeschluss im Landtag vorgestellt werde, sei zu spät. Das bisherige Konzept stamme aus dem Jahr 2004 und sei 2008 letztmals fortgeschrieben worden. „Jahrelang passierte nichts“, sagte Rasche. Dies sei auch ein Grund für das „Null-Wachstum“ in Nordrhein-Westfalen. Die Kernaussagen des Konzepts seien zu begrüßen, fänden sich aber auch in den Vorgängerkonzepten. Zudem habe die Logistikbranche erwartet, nicht nur die Mo-

deratorenrolle zu übernehmen, sondern stärker eingebunden zu werden.

Für die GRÜNEN-Fraktion sagte **Arndt Klocke**, dass das Konzept nachhaltig sei. Nun gehe es darum, es umzusetzen. Wichtig sei, bei allen Maßnahmen die betroffenen Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig zu informieren und „mitzunehmen“, um Klagewellen und damit „unnötige“ Zeitverzögerungen zu vermeiden. Um die Emissionen der Binnenschifffahrt zu verringern, sprach er sich für Beratungsangebote und Kreditmöglichkeiten für die Unternehmer aus. Er appellierte zugleich an die Deutsche Bahn, Verladeterminale für den Schienen-Güterverkehr nicht abzubauen. Im Gegenteil müsse hier sogar ein Ausbau erfolgen.

Stefan Fricke (PIRATEN) kritisierte, dass das Land nur für einen „marginalen“ Teil bei der Umsetzung des Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzepts auch zuständig sei. In vielen Fällen bleibe es nur bei „einem schwachen Appell“ an Bund und Kommunen. Konkret nannte er das Problem, dass Brücken nicht hoch genug seien für Containerschiffe. Viele müssten nachgerüstet werden. Aber: „Wer soll das bezahlen?“ Die eigentlich zuständigen Kommunen befänden sich oft in finanziell schwierigen Situationen. Wenn sie selbst nicht von der Binnenschifffahrt profitierten, gebe es auch keinen Anreiz für einen Ausbau. *bra, zab, wib*



Einbruchskriminalität

6.7.2016 – Die CDU-Fraktion hat dem Landtag ein „Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls“ ([Drs. 16/12344](#)) vorgelegt, das nun im Plenum beraten wurde. Die Fraktion verweist in dem Antrag auf den „explosionsartigen“ Anstieg der Wohnungseinbrüche in NRW um 18,1 Prozent im Jahr 2015. In ihrem Maßnahmenpaket fordert sie u. a., die Zahl von Ermittlungskommissionen bei der Polizei „mindestens zu verdoppeln“. NRW solle die sogenannte Schleierfahndung, also verdachts- und ereignisunabhängige Personenkontrollen, einführen. Zudem spricht sich die Fraktion für Sicherheitskooperationen mit angrenzenden Bundesländern wie Niedersachsen und Hessen aus. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Innenausschuss überwiesen.

Ladenöffnungszeiten

6.7.2016 – „Mehr Freiheit und weniger Bürokratie bei Ladenöffnungszeiten am Sonntag“ – so lautet der Titel eines Antrags ([Drs. 16/12351](#)) der FDP-Fraktion, den das Plenum debattierte. Die Fraktion kritisiert, dass die Ladenöffnungszeiten in NRW „stark reguliert“ seien. Zahlreiche insbesondere mittelständische Handels- und Dienstleistungsbetriebe würden „in ihrer Entscheidungsfreiheit“ beschränkt. Die FDP fordert, den Kommunen mehr Handlungsspielraum bei der Festsetzung der verkaufsoffenen Sonntage einzuräumen. Sie sollen demnach künftig unabhängig von speziellen Anlässen frei über die Festsetzung der vier verkaufsoffenen Sonntage entscheiden können. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk (federführend) überwiesen.

Elektronische Verwaltung

6.7.2016 – Der Landtag hat das „Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in

Nordrhein-Westfalen“ ([Drs. 16/10379](#)) in geänderter Fassung ([Drs. 16/12370](#)) in zweiter Lesung beschlossen. Für den Gesetzentwurf der Landesregierung stimmten die Fraktionen von SPD und GRÜNEN. Dagegen votierten die CDU-Fraktion und der Abgeordnete Dietmar Schulz (PIRATEN) bei Enthaltung der FDP-Fraktion und der restlichen PIRATEN-Fraktion. Ein Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN ([Drs. 16/12373](#)) wurde mehrheitlich angenommen. Ziel des Gesetzes ist es u. a., einen rechtlichen Rahmen für das sogenannte E-Government zu schaffen. Außerdem soll die Einführung elektronischer Verfahren gefördert werden. „Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Verbände erwarten zu Recht nicht nur ein umfassendes Online-Informationsangebot, sondern ebenso weitgehende Möglichkeiten, die Dienstleistungen der Verwaltungen elektronisch abzuwickeln“, hieß es im Gesetzentwurf.

Ministerpensionen

6.7.2016 – Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN hat der Landtag das „Gesetz zur Änderung des Landesministergesetzes und weiterer Gesetze“ ([Drs. 16/11153](#)) in geänderter Fassung ([Drs. 16/12371](#)) beschlossen. Die PIRATEN-Fraktion stimmte mit Nein, die Fraktionen von CDU und FDP enthielten sich. Die Landesregierung will mit dem Gesetz die Altersversorgung von Ministerinnen und Ministern sowie der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Staatssekretäre neu regeln. Die Änderungen betreffen u. a. den Zeitpunkt des Versorgungsanspruchs und den Beginn der Ruhegehaltszahlungen. Versorgungsansprüche entstehen künftig bereits nach 2 statt wie bisher nach 5 Jahren. Die Ruhegehaltszahlungen beginnen erst mit Erreichen der beamtenrechtlichen Regelaltersgrenze. Außerdem wird eine Karenzzeitregelung analog der Bundesregelungen aufgenommen. Das heißt: Scheidet eine Ministerin oder ein Minister aus dem Amt aus, kann für die Dauer eines Jahres eine neue Tätigkeit untersagt werden.

Folgen des „Brexit“

8.7.2016 – Die Briten haben in einer Volksabstimmung für den Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union (EU) votiert. Über die Folgen dieses sogenannten Brexit diskutierten die Abgeordneten des Landtags in einer Aktuellen Stunde, der ein Antrag der CDU-Fraktion ([Drs. 16/12418](#)) sowie ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN ([Drs. 16/12419](#)) zugrunde lagen. CDU-Fraktionschef [Armin Laschet](#) sagte, NRW müsse an der Spitze einer Bewegung stehen, die „mit Leidenschaft“ für die europäische Idee werbe und den Populisten widerspreche. Das Signal, das vom Landtag ausgehen müsse, laute: „Wir kämpfen für Europa.“ [Michael Hübner](#) (SPD) betonte, Europa brauche „mehr Herz und Solidarität gegen rechte Hetze und Populismus“. Zu lange habe die Europäische Union nur auf die Wirtschaft geschaut. Jetzt gehe es darum, für ein „soziales und gerechtes Europa“ zu werben. [Stefan Engstfeld](#) (GRÜNE) verwies darauf, viele Menschen glaubten, sie hätten keinen Einfluss auf europäische Entscheidungen. Es müsse deutlich werden, welche Vorteile die EU habe und dass keine Entscheidung über die Köpfe der Menschen hinweg getroffen werde. Die Landesregierung habe die Brisanz des Themas verkannt, sagte FDP-Fraktionschef [Christian Lindner](#). Es reiche nicht, das Thema nur im Europausschuss zu diskutieren. Er warnte vor neuem Nationalismus und Rechtspopulismus. Großbritannien habe mehrheitlich den Weg in die Instabilität gewählt, sagte [Dr. Joachim Paul](#) (PIRATEN). Dies habe auch Auswirkungen auf den Forschungsstandort Europa. Britische Forscher seien „händeringend“ auf Geld aus Brüssel angewiesen. Das Vereinigte Königreich sei einer der wichtigsten Partner Nordrhein-Westfalens, betonte Europaminister [Franz-Josef Lersch-Mense](#) (SPD): „Wir tun alles, dass es so bleibt.“ Welche wirtschaftlichen und politischen Folgen der Brexit habe, sei derzeit noch unklar.

Im Gespräch: Innenminister Ralf Jäger (li., SPD) und Burkhard Freier, Chef des NRW-Verfassungsschutzes.

PLENUM

Gefahr Extremismus

Schlagabtausch über Ergebnisse des Verfassungsschutzberichts

7. Juli 2016 – Der Verfassungsschutzbericht für 2015 liegt vor: Demnach sind die politisch motivierten Straftaten von rechten, linken oder anders motivierten Extremisten um 28 Prozent gestiegen (ca. 7.500 Delikte). Die Zahl der Salafisten erhöht sich weiter. Derzeit werden rund 640 Personen als gewaltbereit eingestuft. Die Ergebnisse lösten eine kontroverse Debatte im Landtag aus.

Der Aktuellen Stunde lag ein Antrag der FDP-Fraktion ([Drs. 16/12420](#)) zugrunde. Die Fraktion kritisiert darin u. a., dass die islamistische Gefahr „so groß wie noch nie“ sei. Dennoch habe die Landesregierung „immer noch kein wirksames Konzept zur Bekämpfung des Salafismus und Terrorismus“.

Es wäre „billig und unredlich“, allein Innenminister Ralf Jäger (SPD) und der Landesregierung die Schuld an der Entwicklung zu geben, sagte [Dr. Joachim Stamp](#) (FDP). Ebenso billig und unredlich wäre es aber zu sagen, der Innenminister habe damit nichts zu tun. Dass Jäger von „Turboradikalisierung“ als neuem Phänomen spreche, stelle den durchsichtigen Versuch dar, von eigenem Versagen abzulenken. Der Innenminister habe stets zwei Erklärungsmuster: Entweder seien andere schuld oder es handle sich um ein „neues Phänomen“. Die FDP-Fraktion würde Fehler verzeihen, sagte Stamp. Voraussetzung sei aber, dass der Minister sie eingestehe.

[Hans-Willi Körfges](#) (SPD) sprach von einer „Anhäufung von Vorwürfen“, die substanziiell nichts mit dem Thema zu tun hätten. In der Tat zeige der Bericht des Verfassungsschutzes be-

drohliche Entwicklungen auf. Dass sich Menschen innerhalb kurzer Zeit radikalisierten, sei ein neues Phänomen. Fakt sei, dass politisch oder religiös motivierter Extremismus nicht geduldet werde. Allerdings sei es nicht möglich, den Entwicklungen allein mit Landesmitteln entgegenzutreten. Wichtig sei die Zusammenarbeit von Bund und Bundesländern. Körfges warnte vor „pauschalen Verunglimpfungen“ und empfahl, gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Prävention

Der Verfassungsschutzbericht biete als Frühwarnsystem eine genaue Analyse, sagte [Peter Biesenbach](#) (CDU). Daraus resultiere aber seitens Rot-Grün kein politisches Handlungskonzept. „Wo ist die Prävention?“, fragte der Abgeordnete und forderte dreierlei: erstens mehr Personal beim Verfassungsschutz, spezialisiert auf die Herausforderung, dass sich Gewaltbereite im Internet fänden. Zweitens müsse der Verfassungsschutz die Namen der „selbsternannten Imame“ öffentlich machen, die den Koran verteilen und zu Gesprächen in Hin-

terzimmern einladen. Drittens forderte er ein Integrationsprogramm für perspektivlose junge Zugewanderte.

„Die Spezialisten sind da und an den richtigen Stellen“, antwortete [Verena Schäffer](#) (GRÜNE). Rot-Grün habe den Verfassungsschutz reformiert und massiv personell gestärkt. Aber er könne die Arbeit engagierter Demokraten nicht ersetzen. Denn rechtsradikale Einstellungen seien in NRW kein Randphänomen, sondern in der Mitte der Gesellschaft angesiedelt. Schäffer nannte verschiedene Maßnahmen der Regierung gegen Extremismus, beispielsweise das Verbot von rechtsextremen Kameradschaften als wichtiges Signal in die Szene. Bei vielen beschlossenen Präventionsmaßnahmen habe sie die Unterstützung von CDU und FDP vermisst.

Prävention sei die adäquate Antwort auf den Extremismus, betonte [Dirk Schatz](#) (PIRATEN): „Nur so verhindern wir Straftaten.“ Repressionen, so die Auffassung des Abgeordneten, bewirkten das Gegenteil. Zudem, mahnte Schatz, stelle eine nicht funktionierende Integration von Zugewanderten eine große Gefahr dar, denn: „Extremisten füllen eine Lücke im Leben der Betroffenen.“ Schatz kritisierte, dass die Landesregierung ihre Aussteigerprogramme als Erfolg feiere, dies aber nicht ausreichend wissenschaftlich evaluiert belegen könne. Auch sei das Misstrauen von Betroffenen gegenüber dem Verfassungsschutz groß.

Der fraktionslose Abgeordnete [Daniel Schwerd](#) bezeichnete den aktuellen Verfassungsschutzbericht als „Zeugnis organisierten Staatsversagens“.

Die Bedrohungslage habe sich verschärft, sagte Innenminister [Ralf Jäger](#) (SPD). Das Land reagiere darauf mit einer Kombination aus Repression und Prävention. So habe man beim Verfassungsschutz in den vergangenen zwei Jahren 85 zusätzliche Stellen geschaffen und auch der polizeiliche Staatsschutz werde „deutlich ausgebaut“. Dennoch werde es keinen hundertprozentigen Schutz geben. Menschen radikalisierten sich schneller. So seien mehr als zwei Drittel der im Verfassungsschutzbericht genannten Täter zuvor nicht in der rechtsradikalen Szene aktiv gewesen. Den Kampf gegen den Extremismus nannte er eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. *zab, sow, bra*



Dr. Joachim Stamp (FDP)

Hans-Willi Körfges (SPD)

Peter Biesenbach (CDU)

Verena Schäffer (GRÜNE)

Dirk Schatz (PIRATEN)

Daniel Schwerd (fraktionslos)

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung | [Drs. 16/12363](#) | SPD und GRÜNE | 1. Lesung am 6. Juli 2016 | Überweisung an den Ausschuss für Kommunalpolitik

Viertes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12361](#) | SPD und GRÜNE | 1. Lesung am 6. Juli 2016 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9578](#) und [16/12367](#) | CDU | 2. Lesung am 6. Juli 2016 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften | [Drs. 16/10799](#) und [16/12368](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 6. Juli 2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion | [Drs. 16/12118](#) und [16/12369](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 6. Juli 2016 | angenommen

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10379](#), [16/12370](#) und [16/12373](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 6. Juli 2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Landesministergesetzes und weiterer Gesetze | [Drs. 16/11153](#) und [16/12371](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 6. Juli 2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und zur Änderung des Landeszustellungsgesetzes | [Drs. 16/11845](#) und [16/12372](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 6. Juli 2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Umweltinformationsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/11843](#) und [16/12315](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 6. Juli 2016 | angenommen

13. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes | [Drs. 16/12364](#) | SPD, GRÜNE, FDP und PIRATEN | 1. und 2. Lesung am 6. Juli 2016 | angenommen

Gesetz zur überbrückenden Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kindertagesbetreuung | [Drs. 16/11844](#) und [16/12380](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 7. Juli 2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung von Vorschriften zum Befristungsmanagement im Geschäftsbereich des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | [Drs. 16/12312](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 7. Juli 2016 | Überweisung an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Gesetz über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ | [Drs. 16/12313](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 7. Juli 2016 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren | [Drs. 16/12365](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 7. Juli 2016 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Gesetz zur Stärkung des Kreistags | [Drs. 16/12362](#) | SPD und GRÜNE | 1. Lesung am 7. Juli 2016 | Überweisung an den Ausschuss für Kommunalpolitik

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten | [Drs. 16/12068](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze | [Drs. 16/12069](#) | Landesregierung | Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr | in Beratung

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung) | [Drs. 16/12119](#) | Landesregierung | Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr | in Beratung

Sechstes Gesetz zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12120](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/11892](#) | CDU | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene | [Drs. 16/5474](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW | [Drs. 16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge | [Drs. 16/2124](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung | [Drs. 16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften | [Drs. 16/11154](#) | Landesregierung | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zum Erlass eines Landesbibliotheksgesetzes und zur Änderung weiterer Rechtsvorschriften | [Drs. 16/11436](#) | CDU | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung





SCHWERPUNKT

Schutz für Frauen und Mädchen

Anhörung zum Thema „Sexualisierte Gewalt“

29. Juni 2016 – Sexuelle Gewalt gegen Frauen: Mit diesem Thema hat sich der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation befasst. Dabei ging es u. a. um die Frage: Wie lässt sich sexualisierte Gewalt bestrafen, besser noch: vermeiden? In einer Anhörung äußerten sich Sachverständige dazu. Grundlage waren zwei Anträge von [SPD und GRÜNEN](#) sowie von [Daniel Schwerd \(fraktionslos\)](#).

Die Expertinnen und Experten hatten bereits schriftliche [Stellungnahmen](#) eingereicht und begrüßten im Landtag die Forderungen in den Anträgen. So gelte es, bestehende Gesetzeslücken bei sexualisierter Gewalt zu schließen, das Bewusstsein für sexuelle Übergriffe gegen Frauen gesamtgesellschaftlich zu stärken und die Arbeit von Frauenberatungsstellen und -notrufen weiter zu unterstützen. Auch die Prävention mit Hilfe geschlechtersensibler Pädagogik bewerteten die meisten Sachverständigen als wichtig.

„Reichen die Angebote aus? Nein, ganz klar nein, und sie sind unzureichend finanziert“, kritisierte Renate Janßen von der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) autonome Mädchenhäuser/feministische Mädchenarbeit NRW den Ist-Stand. Vier Mädchenberatungsstellen landesweit seien einfach zu wenig. Auch bei den Frauenhäusern stehe die Ampel für verfügbare Plätze NRW-weit gerade auf Rot, sagte Claudia Fritsche von der LAG autonome Frauenhäuser in NRW. Die Aufklärungsarbeit sah sie als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sich vom Kindergarten an durch alle gesellschaftlichen Bereiche ziehen müsse. „Die Frage ist doch: Werden die Dinge umgesetzt? Und wer kontrolliert sie?“, gab Janßen zu bedenken.

Frauke Mahr von der Initiative „lila in köln“ betonte die Notwendigkeit, Frauen zu ermutigen. Wichtig seien aber auch die Fragen: „Was haben wir den Jungen mitzuteilen? Was haben wir von den Männern zu fordern?“ Auch zum

Entschluss, nach einem Übergriff Anzeige zu erstatten, brauche es Mut. Die Aussicht, dass beispielsweise in Düsseldorf von der Anzeige bis zum Prozess anderthalb bis zwei Jahre vergingen, sei nicht gerade ermutigend.

„Tätliche Belästigung“

Martina Lörsch, die für den Deutschen Juristinnenbund sprach, äußerte Irritation darüber, dass nach den Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht 2015 seitens der Politik eine zügige und harte Bestrafung der Täter gefordert worden sei. Denn nur ein minimaler Anteil der Taten sei nach bisherigem Recht strafbar. Der Straftatbestand erfordere Nötigungselemente und diese habe es vielfach nicht gegeben: Täter hätten die Frauen überrascht, bevor sie sich hätten wehren können. Vor diesem Hintergrund forderte sie einen Straftatbestand der „tätlichen Belästigung“, der in diesen Fällen greifen könne.

Des Weiteren problematisierte Lörsch, dass viele Verfahren auf Ebene der Staatsanwaltschaften wegen Personalmangels eingestellt würden. Außerdem forderte sie Fortbildungen in der Justiz, weil dies einiges verändere. „Wir haben gute Opferschutzregeln, aber es mangelt an der Praxis“, kritisierte die Rechtsanwältin. Für notwendig hielt sie eine psychosoziale Prozessbegleitung für Opfer. Dafür müssten Mindeststandards gelten. Befähigt dazu seien nur Fachleute mit psychosozialer Ausbildung,

die Berufserfahrung mit traumatisierten Menschen hätten.

Rainer Bruckert vom Weißen Ring, Landesverband Niedersachsen, berichtete, dass es in Niedersachsen gelungen sei, die Opfersicht im Curriculum der Fachhochschulen, an denen Polizistinnen und Polizisten ausgebildet werden, festzuschreiben.

Wie seine Vorrednerin kritisierte Bruckert den gesellschaftlichen Sprachgebrauch, konkret den Begriff des „Antanzens“, der vielfach zur Beschreibung der vielen Übergriffe in der Silvesternacht gebraucht werde: Er bagatellisiere, denn er beziehe sich ursprünglich auf Eigentumsdelikte. Silvester seien aber viele Frauen sexuellen Übergriffen ausgesetzt gewesen, die Eigentumsdelikte begleitet hätten.

Auch ein Vertreter der Deutschen Bahn stand dem Ausschuss Rede und Antwort, denn in der Kölner Silvesternacht war der Bahnhof zu einem Angstraum für viele Frauen geworden. Speziellen Schutz für Frauen und Mädchen gebe es in den Konzepten der Bahn nicht, erklärte Thorsten Buhrmester von der Bahn. Zwar habe das Sicherheitspersonal nun alleinreisende Frauen besonders im Blick. Generell wolle man aber alle Fahrgäste schützen. Es gebe nicht mehr Sicherheitspersonal, dieses werde jedoch anders eingesetzt. sow

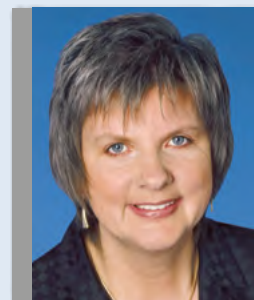
Mehr lesen Sie auf den Seiten 8 und 9

Standpunkte

Meinungen zum Schwerpunkt „Sexualisierte Gewalt“



[Regina Kopp-Herr](#)
(SPD)



[Regina van Dinther](#)
(CDU)

Strafrechtlich ist das Thema „sexualisierte Gewalt“ ...

... noch immer unzureichend im Strafgesetzbuch geregelt. Ein angemessener Schutz und das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung werden zu wenig berücksichtigt. Sexuelle Handlungen sind nur straffrei, wenn sie einvernehmlich erfolgen. Nein heißt Nein! Das muss auch strafrechtlich gelten.

... in Folge der Kölner Silvesternacht einer notwendigen Überarbeitung unterzogen worden. Wichtig ist, dass es jetzt auch den Straftatbestand der sexuellen Belästigung gibt. Insgesamt muss juristisch völlig klar sein: Nein heißt Nein!

Angebote zum Schutz und zur Unterstützung für betroffene Frauen und Mädchen ...

... sind unverzichtbar! Frauen und Mädchen, die Opfer von sexualisierter Gewalt geworden sind, sind auf geschützte Räume angewiesen. In den Beratungsstellen erhalten sie Hilfen abgestimmt auf ihre individuelle Situation. Sofern sie sich für eine Anzeigenerstattung entschieden haben, ist eine psychosoziale Begleitung notwendig. Wichtig ist auch geschultes und sensibilisiertes Personal bei Polizei und Justiz.

... müssen stets den aktuellen Anforderungen angepasst werden. Die Betreuung von Flüchtlingen, die selbst sexualisierter Gewalt ausgesetzt sind oder waren, stellt eine neue Herausforderung dar. Die Angebote müssen dezentral sein und auch von den Betroffenen gefunden werden können.

Um das gesellschaftliche Bewusstsein zu schärfen, ...

... brauchen wir ein verstärktes, dauerhaftes und nachhaltiges gesamtgesellschaftliches Engagement gegen alltäglichen Sexismus und tradierte Geschlechterstereotypen. Dafür müssen wir gendersensible Angebote für Kinder und Jugendliche in schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen intensivieren. Öffentlichkeitswirksam muss auf das Recht der sexuellen Selbstbestimmung aufmerksam gemacht werden.

... sollten gemeinsam mit dem Landesintegrationsrat und der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen Kampagnen und Programme durchgeführt werden, die klar machen: Vorstellungen über eine vermeintliche Unterlegenheit von Frauen müssen überwunden werden. Wir müssen das Bewusstsein für die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern.

Notwendige Bestandteile für eine wirksame Präventionsarbeit ...

... sind starke und sichere Frauen und Mädchen. Selbstbehauptungskurse können hierfür ein Weg sein. Unabdingbar ist eine gendersensible Kinder- und Jugendarbeit für Jungen und Mädchen, die das Erlernen von Respekt, Wertschätzung, Toleranz und Verständnis füreinander fördern. Öffentliche Schutzkonzepte und ein gendergerechter Blick beim Städtebau können dazu dienen, sexualisierte Gewalt zu minimieren.

... sind neben Maßnahmen der polizeilichen Kriminalprävention die zielgerichtete sichtbare Präsenz an Kriminalitätsbrennpunkten, konsequentes Einschreiten in Fällen häuslicher Gewalt und die schnelle Aufklärung von Straftaten. Der Rechtsstaat muss funktionieren. Die Silvesternacht in Köln hat den verheerenden Eindruck hinterlassen, dass Menschen nicht geschützt werden konnten.



Josefine Paul
(GRÜNE)



Susanne Schneider
(FDP)



Birgit Rydlewski
(PIRATEN)

... noch immer nicht ausreichend geregelt. Die Lücken, die auch nach dem neusten Entwurf zur Verschärfung des Sexualstrafrechts bestehen, müssen endlich geschlossen werden. Das Strafrecht muss jede Form von vorsätzlicher, nicht einvernehmlicher sexueller Handlung unter Strafe stellen. Bei Angriffen gegen die sexuelle Selbstbestimmung muss klar sein: „Nein heißt Nein!“

... auf Schutzlücken zu überprüfen, denn die sexuelle Selbstbestimmung darf nicht durch mögliche Strafbarkeitslücken bei sexueller Gewalt und Vergewaltigung infrage gestellt werden. Die Istanbul-Konvention, die die Strafbarkeit aller nicht einvernehmlichen sexuellen Handlungen fordert, muss nun zügig ratifiziert und der 13. Abschnitt des StGB reformiert werden.

... immer noch täterzentriert. Die Erheblichkeitsschwelle sexualisierter Gewalt muss aus der Opferperspektive bewertet werden. Das Menschenrecht der sexuellen Autonomie verlangt auch eine Reform der Verfahrenswege, z.B. durch eine standardisierte psychosoziale Prozessbegleitung und eine Professionalisierung des Justizpersonals.

... sind für die Opfer von sexualisierter Gewalt besonders wichtig. Viele von ihnen brauchen professionelle Unterstützung, um die traumatischen Erlebnisse zu verarbeiten. Die Opfer müssen sich durch Polizei und Justiz, aber auch von ihrem sozialen Umfeld und in der Öffentlichkeit ernst genommen fühlen. Nur dann können sie die Kraft aufbringen, um die Täter zur Verantwortung zu ziehen.

... müssen weiterhin niedrigschwellig für jede Frau und jedes Mädchen vorgehalten werden. Dabei müssen die Opferhilfemaßnahmen und -angebote zügig greifen und hierzu eng verzahnt werden. Ein Opferschutzkonzept kann zudem dazu beitragen, dass Opfer endlich ernst genommen werden. Besserer Umgang mit den Opfern, raschere und effektivere Verfolgung der Täter – das müssen die Leitlinien eines solchen Konzepts sein.

... sind in der Haushaltspolitik des Landes unterfinanziert. Diese professionellen Angebote müssen Frauen und Mädchen aller Nationalitäten zur Verfügung stehen. Die besonderen Schutzrechte von Geflüchteten stellen die Frauenhilfeinfrastruktur vor neue Herausforderungen. Das verlangt in der Haushaltspolitik des Landes eine gesetzlich garantierte Regelfinanzierung.

... braucht es mutige Frauen und Mädchen, die nicht länger zu sexuellen Übergriffen und Nötigungen, die ihnen widerfahren sind, schweigen. Wir müssen sexuelle Gewalt öffentlich thematisieren und mit der noch immer weit verbreiteten Vorstellung, Betroffene würden durch ihr Verhalten einen Übergriff herausfordern, aufräumen. Allen muss klar sein: Nicht die Opfer sind schuld, sondern die Täter.

... bedarf es einer bedingungslosen Benennung, Aufklärung und Ahndung der sexuellen Übergriffe ohne Rücksicht auf Herkunft und Status der Person. Der öffentliche Eindruck, solche Vorkommnisse würden versucht zu verharmlosen oder zu vertuschen, ist fatal. Zivilcourage von Außenstehenden zur Tatvereitelung muss darüber hinaus künftig besser von Staat und Gesellschaft honoriert werden.

... muss das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) europarechtskonform gestaltet werden. Schutz vor sexueller Belästigung und mittelbarer Diskriminierung würde sich dann auch auf den Waren- und Dienstleistungsverkehr, den öffentlichen Raum, Bildung und soziale Sicherung erstrecken. Dies wäre eine nachhaltige Grundlage, um das gesellschaftliche Bewusstsein zu schärfen.

... sind neben einer Aufklärung zu sexualisierter Gewalt und ihren Folgen für die Betroffenen auch eine Sensibilisierung für Frauenfeindlichkeit, alltäglichen Sexismus und Homo-, Bi- und Transphobie. Zudem müssen insbesondere Kinder und Jugendliche lernen, wo ihre Grenzen liegen, diese zu artikulieren und sie bei anderen respektieren.

... umfassen in erster Linie und vorrangig einen gesamtgesellschaftlichen Einstellungswandel, um das Thema sexuelle Gewalt zu enttabuisieren. Denn niemand – egal woher er kommt und wer er ist – hat das Recht, jemanden gegen dessen Willen anzufassen. Darüber hinaus muss nun zeitnah der erste Landesaktionsplan „Keine Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ von der Landesregierung vorgelegt werden.

... sind interdisziplinäre Fortbildungen der Polizei. Öffentliche Angsträume können durch städtebauliche und sicherheitspolitische Konzepte abgebaut werden. In den Kriminalitätsmonitor NRW muss „sexualisierte Gewalt“ aufgenommen werden. Ebenso erforderlich ist eine periodische Dunkelfeldanalyse. Auf dieser Basis muss ein landesweites Präventionskonzept Aufgabe der interministeriellen Kooperation sein.

„70 Jahre Demokratie und

70 Jahre Land und Landtag NRW: Am 23. August 1946 hatte die britische Militärregierung die früheren preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen im Zuge der „Operation Marriage“ (Operation Hochzeit) zum neuen Bundesland Nordrhein-Westfalen zusammengeführt; am 2. Oktober 1946 folgte die konstituierende Sitzung des Landtags. Im Interview spricht Landtagspräsidentin Carina Gödecke über die Bedeutung des Jubiläums und sagt, was die Menschen in NRW ihrer Meinung nach besonders auszeichnet.



Foto: Schälte

Frau Präsidentin, 70 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen – welche Bedeutung hat dieses Jubiläum?

Ich glaube, für viele Menschen in Nordrhein-Westfalen wird es zunächst ein Tag wie jeder andere sein. Für das Parlament, für die Politik ist es aber ein ganz wichtiges Datum. Wir feiern immerhin 70 Jahre repräsentative Demokratie in unserem Bundesland, 70 Jahre Parlament und damit auch 70 Jahre Demokratie, Freiheit und Frieden.

NRW ist ein künstlicher Zusammenschluss aus Rheinland, Westfalen und Lippe. Gibt es aus Ihrer Sicht eine nordrhein-westfälische Identität?

Es gibt keine originäre nordrhein-westfälische Identität. Wir verstehen uns als Menschen aus dem Ruhrgebiet, aus dem Rheinland, aus dem Münsterland, aus dem Siegerland, aus Südwestfalen, aus Lippe. Wir sind, wie ich finde, ein einzigartiges Bundesland mit nicht nur landschaftlichen Unterschieden und Besonderheiten, sondern auch unterschiedlichen Mentalitäten. Wo sonst finden Sie außerhalb des Kölner Raums eine Stadt, die so sehr Heimatlieder in die Neuzeit transportiert hat und sie immer wieder neu erfindet? Das ist etwas ganz Besonderes.

Passen die Landesteile inzwischen zusammen?

Ich finde, ja. Ich bin in vielen Schulen unterwegs, besonders gerne in Grundschulen. In diesem Alter lernen die Kinder intensiv Heimatkunde. Fast alle Grundschülerinnen und Grundschüler können erklären, wie sich unser Wappen zusammensetzt und was für welchen Landesteil steht. Von daher wird es schon in der Schule den ganz Kleinen vermittelt: Wir sind

23. August 1946
Gründung des Bundeslandes NRW

20. April 1947
Erste Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

1945	1946	1947	1948
	8. Mai 1945 Ende des Zweiten Weltkriegs	2. Oktober 1946 Erste und einmalige Sitzung des Landtags im Düsseldorfer Opernhaus. Danach Umzug in den Gesolei-Saal der Henkelwerke	

Frieden“



eins. Ob sich daraus Identität entwickelt, ist eine andere Frage.

Zurück zum Parlament. Welche Rolle spielen Landtage heute – zum Beispiel aus Sicht der Bevölkerung?

Wenn man die Bevölkerung fragt, würde man wahrscheinlich hören, dass Bundes- und Kommunalpolitik wichtiger seien. Das kann eine Landtagspräsidentin so natürlich nicht unterstreichen. Ein Landesparlament ist wichtig, weil wir zwischen der Bundesebene und den kommunalen Ebenen eine weitere Ebene mit eigener Gesetzgebungskompetenz brauchen. Da verderben nicht viele Köche den Brei – im Gegenteil, viele Köche geben unterschiedliche Zutaten, damit ein gutes und schmackhaftes Gericht entsteht. Bei einer Umfrage am Anfang der Legislaturperiode haben wir aber auch erfahren, dass viele Menschen wenig vom Landtag wissen. Sie nehmen die Kommunalpolitik wahr, weil sie vor der eigenen Tür stattfindet und sie vielleicht auch die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister kennen, und sie nehmen die Bundespolitik wahr, weil sie die großen Lebensbedingungen bestimmt, zum Beispiel die Absicherung im Alter. Das Landesparlament wird dagegen häufig nicht in gleichem Maße beachtet. Daran müssen wir unbedingt etwas ändern.

Was tun Sie dagegen?

Wir haben uns in dieser Legislaturperiode bemüht, viel auf den Weg zu bringen, um unserer Aufgabe, Politik zu erklären, verständlich zu machen und für das Mitmachen zu werben, gerecht zu werden. Beispiele sind das neue Besucherzentrum, unsere Jugendangebote, die vielen Veranstaltungen, die hier im Haus stattfinden. Die Menschen sollen den Landtag niederschwellig betreten. Wenn sie einmal hier waren oder mit Abgeordneten gesprochen haben, dann sind sie sehr viel schneller bereit, sich der Landespolitik auch inhaltlich zuzuwenden.

Sie sind gebürtige Hessin. Was empfinden Sie in NRW als Heimat?

Die Menschen. Ich bin Bochumerin und Ruhrgebietlerin durch und durch. Es ist das Gradlinige. Menschen in Nordrhein-Westfalen und insbesondere im Ruhrgebiet sind nicht sehr diplomatisch, die sind schnörkellos, die sagen dir auch mal sehr direkt vor den Kopf, was sie von dir halten. Aber sie sind nicht nachtragend. Vielleicht kann man das ein bisschen so beschreiben: Sie sind so, wie man unter Tage sein musste – knapp, klar und unmissverständlich, aber auch zuverlässig und verbindlich. Hinzu kommt die Vielfalt dieses Landes. Ich kann jedem, der Urlaub in Deutschland machen will, nur empfehlen: Machen Sie mal eine Woche Urlaub im eigenen Bundesland. Fahren Sie durch Nordrhein-Westfalen, egal, ob mit dem Auto, der Bahn oder mit dem Fahrrad. Es ist so ein wunderbares Land, so unterschiedlich von den Topographien her und von dem, was man sich anschauen kann.

Land und Landtag werden das 70-jährige Jubiläum mit mehreren Veranstaltungen feiern. Gibt es etwas, auf das Sie besonders hinweisen möchten?

Ja, auf ein dreigeteiltes Geschenk an die Bürgerinnen und Bürger. Bereits im vergangenen Jahr wurden die Wege der parlamentarischen Demokratie entlang des Rheins und durch die Düsseldorfer Altstadt eröffnet, im Februar dieses Jahres das neue Besucherzentrum mit seiner 240-Grad-Panorama-Leinwand. Im Herbst, pünktlich zum Jahrestag der konstituierenden Sitzung des Landtags, kommt als dritter Schritt eine Veranstaltungsebene in der Villa Horion dazu. In vier Räumen wird dort die Parlamentsgeschichte dargestellt. Und vom 26. bis 28. August feiern wir das Jubiläum mit einem NRW-Tag und einem großen Bürgerfest in Düsseldorf. Der Landtag wird sich mit zwei Tagen der offenen Tür beteiligen. Wir freuen uns auf viele Besucherinnen und Besucher.

Das Interview führten Sonja Wand und Michael Zabka.

NRW-Tag 2016

Am 23. August, dem Landesgeburtstag, feiern Landtag und Landesregierung das Jubiläum mit einem gemeinsamen Festakt in der Düsseldorfer Tonhalle.

Anlässlich des 70. Geburtstags findet außerdem der NRW-Tag vom 26. bis 28. August in Düsseldorf statt. Im Rahmen des Bürgerfestes lädt der Landtag für dieses Wochenende (27. und 28.8.) zu Tagen der offenen Tür ein. Die fünf Fraktionen präsentieren ihre Arbeit und bieten vielfältige Aktionen. Auch die Verwaltung beteiligt sich mit Ständen und Angeboten (siehe auch S. 20).

Das Bürgerfest erstreckt sich über eine Festmeile rechts- und linksrheinisch der Düsseldorfer Innenstadt. 16 Bühnen, mehr als 700 Aktionen und 317 Zelte verspre-

chen ein vielfältiges Programm. Auf der Hauptbühne am Burgplatz beginnt das Bürgerfest am Freitagabend mit einer großen Show. Die Gourmet-Meile auf der Kö lockt mit rheinischen und westfälischen Spezialitäten. Vom Grabbeplatz durch die Carlstadt bis zum Apollo-Varieté erstreckt sich die Kulturmeile. Am Shadowplatz dreht sich alles um Bildung. Linksrheinisch warten Blaulichtmeile und Kinderfest auf die kleinen Gäste. Hier findet sich auch der Schwerpunkt Sport. Der Marktplatz steht im Zeichen des Brauchtums, und an der unteren Rheinwerft präsentiert sich die regionale Wirtschaft. Für Sonntag ist ein Schiffskorso geplant. Weitere Informationen: www.duesseldorf.de/nrwtag *sow*

23. Mai 1949

Gründung der Bundesrepublik Deutschland

11. Juli 1950

Die nordrhein-westfälische Landesverfassung tritt in Kraft

1949

1950

1951

1988

2016

1949

Der Landtag verlässt die provisorischen Arbeitsräume in den Düsseldorfer Henkelwerken und zieht in das Ständehaus um

2. Oktober 1988

Nach rund sechsjähriger Bauphase wird das neue Landtagsgebäude am Rhein eröffnet

5. Oktober 2016

Festakt im Landtag zum 70. Geburtstag des Landesparlamentes

70 Jahre Landtag

Wie viele Abgeordnete hatte der Landtag in den 70 Jahren seines Bestehens? Wie viele Gesetze wurden verabschiedet, wie viele Drucksachen veröffentlicht? Wie lang hat die längste Plenarsitzung gedauert, wie schnell war die kürzeste beendet? Antworten auf diese und andere Fragen gibt ein Rückblick in Zahlen.

41

Am längsten war Johannes Rau (SPD) Mitglied des Landtags: 41 Jahre (1958-1999).

1.705

Insgesamt 1.705 Abgeordnete gehörten in den bislang 16 Wahlperioden dem Landtag an – 281 Frauen und 1.424 Männer.

8

8 Fraktionen waren bisher im Landtag vertreten (in alphabetischer Reihenfolge): BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU, FDP, KPD, LINKE, PIRATEN, SPD, ZENTRUM

1

Die kürzeste Mitgliedschaft im Landtag währte nur 1 Tag: Wilhelm Krampe (CDU) rückte am 12. Juli 1958, dem letzten Tag der 3. Wahlperiode, für einen verstorbenen Abgeordneten nach, zog danach aber nicht wieder ins Parlament ein.

300

Rund 300 Berufe waren bis heute im Landtag vertreten – darunter Arzt und Arbeitersekretär, Bauer und Beamter, Dreher und Dozent, Friseur und Fabrikant, Gemeindedirektor und Geflügelzüchter, Hausfrau und Historiker, Ministerialdirektor und Maurerpolier, Oberkreisdirektor und Oberlederzuschneider, Pförtner und Pfarrer, Richter und Rentner. Besonders stark vertreten sind in der Statistik u. a. Juristen sowie Lehrer (*Gemeint sind jeweils beide Geschlechter*).

16

16 Enquete-Kommissionen wurden seit der 12. Wahlperiode eingesetzt. Sie bereiten Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe vor. In der Vergangenheit ging es u. a. über die Zukunft der Erwerbsarbeit, der Mobilität und der Städte, um „frauengerechte Gesundheitsversorgung“, Chancen für Kinder, Präventionspolitik und den Wohnungsmarkt. Aktuelle Themen sind Familienpolitik, Handwerk und Mittelstand sowie Öffentlicher Personenverkehr.

1.876

1.876 Plenarsitzungen hat es in der 70-jährigen Geschichte des Landtags gegeben (bis einschließlich Juli 2016).



Foto: Schälte

in Zahlen



13

13 Landtagspräsidentinnen und -präsidenten standen seit 1946 an der Spitze des Parlaments:

[Ernst Gnoß](#) (SPD, 2. Oktober 1946 – 19. Dezember 1946),

[Dr. Dr. h.c. Robert Lehr](#) (CDU, 19. Dezember 1946 – 19. April 1947),

[Josef Gockeln](#) (CDU, 19. Mai 1947 – 6. Dezember 1958),

[Willhelm Johnen](#) (CDU, 13. Januar 1959 – 18. April 1966),

[Josef Hermann Duffhues](#) (CDU, 19. April 1966 – 25. Juli 1966),

[John van Nes Ziegler](#) (SPD, 25. Juli 1966 – 25. Juli 1970 und 29. Mai 1980 – 29. Mai 1985),

[Dr. Wilhelm Lenz](#) (CDU, 27. Juli 1970 – 28. Mai 1980),

[Karl Josef Denzer](#) (SPD, 30. Mai 1985 – 30. Mai 1990),

[Ingeborg Friebe](#) (SPD, 31. Mai 1990 – 31. Mai 1995),

[Ulrich Schmidt](#) (SPD, 1. Juni 1995 – 2. Juni 2005),

[Regina van Dinter](#) (CDU, 8. Juni 2005 – 8. Juni 2010),

[Eckhard Uhlenberg](#) (CDU, 13. Juli 2010 – 31. Mai 2012),

[Carina Gödecke](#) (SPD, seit 31. Mai 2012).

29

Insgesamt 29 Untersuchungsausschüsse hat der Landtag bislang eingesetzt. Aktuell sind es 4: zum Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW, zur WestLB, zum „NSU“ und zur Silvesternacht 2015.

1.989

Der nordrhein-westfälische Landtag hat in 70 Jahren 1.989 Gesetze verabschiedet (Stand 8. Juli 2016).

3,5

Die kürzeste Sitzung in der Geschichte des Landtags begann am 23. Oktober 2012 um 13.34 Uhr und war nach etwa dreieinhalb Minuten beendet. Auf der Tagesordnung stand ein Punkt: „Fünftes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie des Justizministeriums“. Es ging um Fristen in landesrechtlichen Regelungen, die vom 31. Oktober 2012 bis zum 31. Dezember 2013 verlängert werden sollten. Der Landtag hatte den Entwurf im September in erster Lesung an die Fachausschüsse überwiesen. Die erforderliche zweite Lesung sollte ursprünglich im November erfolgen – zu einem Zeitpunkt, an dem die Fristen, die verlängert werden sollten, abgelaufen wären.

Zusammengestellt von Marion Konradt, Dr. Markus Schäfer und Michael Zabka

77.585

77.585 Drucksachen sind zusammengekommen (Stand 14. Juni 2016).

14

Die längste Plenarsitzung in der Geschichte des Landtags hat gut 14 Stunden gedauert. Sie begann am 27. Februar 2013 um 10.04 Uhr und endete am 28. Februar um 2 Minuten nach Mitternacht. 21 Tagesordnungspunkte galt es abzuarbeiten, TOP 1 war die zweite Lesung des Haushaltsplans.





Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Islamischer Religionsunterricht

29.6.2016 – Seit dem Schuljahr 2012/2013 gibt es in Nordrhein-Westfalen islamischen Religionsunterricht in Grundschulen und der Sekundarstufe I. Im Schulausschuss präsentierte der Wissenschaftliche Leiter des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) eine erste positive [Zwischenbilanz](#). Kinder und Jugendliche, Eltern und Lehrkräfte seien mehrheitlich zufrieden mit dem Unterricht, der auch Kenntnisse über andere Religionen vermittele. Nach Verbesserungsvorschlägen gefragt, hätten Eltern den Wunsch nach mehr Schulstunden genannt. Lehrkräfte hätten sich Unterrichtsmaterial sowie mehr Fortbildungen gewünscht. Kinder und Jugendliche hätten gerne mehr Filme oder Spiele in der Grundschule. „Die Untersuchung bestärkt den Eindruck, dass das der richtige Weg war“, meinte [Klaus Kaiser](#) (CDU). Im Jahr 2017 würden die ersten regulär ausgebildeten Lehrkräfte für Islamischen Religionsunterricht erwartet, erklärte Schulministerin [Sylvia Löhrmann](#) (GRÜNE). Auch hätten Schulbuchverlage inzwischen reagiert und arbeiteten an Unterrichtsmaterial.

Todesfälle in Haftanstalten

29.6.2016 – Der Rechtsausschuss hat sich mit Todesfällen in den Justizvollzugsanstalten (JVA) Wuppertal-Ronsdorf und Duisburg-Hamborn befasst. In Wuppertal-Ronsdorf hatten sich zwischen April und Juni 2016 ein Untersuchungsgefangener und eine JVA-Bedienstete das Leben genommen, ein weiterer Untersuchungshäftling wurde in diesem Zeitraum Opfer eines Tötungsdeliktes. In Duisburg-Hamborn war am 28. Juni 2016 ein Gefangener nach einer Schlägerei gestorben. Zwei Tötungen durch Fremdverschulden innerhalb so kurzer Zeit seien ein „alarmierendes Zeichen“, so die Opposition, die zudem von einem „bedauerlich hohen Stand an Selbsttötungen“ sprach. Die Landesregierung wies darauf hin, dass suizidgefährdete Insassen besonders überwacht würden. Ein „menschliches Restrisiko“ sei aber nicht auszuschließen. Insgesamt gesehen sei die Zahl der Suizide in den Haftanstalten rückläufig. Woran der Gefangene in Duisburg-Hamborn gestorben ist, sei noch nicht endgültig geklärt. Es gebe Hinweise auf eine gesundheitliche Vorbelastung.

Anti-Terror-Einheiten

30.6.2016 – Die Aufstellung zusätzlicher Mobiler Einsatzkommandos (MEK) der Polizei war Thema einer von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Viertelstunde im Innenausschuss. Die Fraktion bezog sich auf einen Medienbericht, demzufolge die drei neuen Einheiten zur Terrorismusbekämpfung frühestens ab 2018 zur Verfügung ständen. Es gebe keine Probleme mit der Aufstellung zusätzlicher Spezialeinheiten, hielt die Landesregierung dagegen und wies auf ein „sehr dezidiertes Auswahlverfahren“ hin. Dabei gehe „Qualität vor Quantität“. Das erste zusätzliche MEK werde im September 2016 in Dienst gestellt, die beiden anderen Ende diesen oder Anfang nächsten Jahres. CDU- und FDP-Fraktion regten an, die Zulagen für die Mitglieder der Spezialeinheiten aufgrund ihrer risikoreichen Einsätze zu erhöhen und deren Ausrüstung zu verbessern. Nach Angaben der Landesregierung werde eine Erhöhung der Zulagen geprüft. Allerdings dürften finanzielle Gründe nicht entscheidend für den Dienst in einer Spezialeinheit sein.



Verfassungskommission übergibt Bericht

Die Kommission zur Reform der Nordrhein-Westfälischen Verfassung hat ihre Arbeit beendet. Der Vorsitzende Prof. Dr. Rainer Bovermann übergab den Abschlussbericht am 28. Juni 2016 an Landtagspräsidentin Carina Gödecke. Der Auftrag des Gremiums hatte darin bestanden, dem Landtag Ergänzungs- bzw. Streichungsvorschläge für eine moderne, zukunftsfähige Verfassung zu unterbreiten. Am 8. Juli 2016 befasste sich das Plenum in erster Lesung mit einem Gesetzentwurf ([Drs. 16/12350](#)) der Fraktionen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP zur Änderung der Landesverfassung entsprechend der Vorschläge der Kommission. Foto: Schälte

Die Jugend und ihre Rechte

Anhörung im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie

23. Juni 2016 – Ein unabhängiger Landesbeauftragter soll sich in Nordrhein-Westfalen für die Rechte und Belange von Kindern und Jugendlichen einsetzen – das fordert die PIRATEN-Fraktion. In einer Anhörung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend äußerten sich einige Sachverständige zustimmend, andere eher ablehnend.

Kinderrechte seien in der nordrhein-westfälischen Verfassung zwar verankert, heißt es im Antrag der PIRATEN-Fraktion ([Drs. 16/10781](#)). Gleichwohl bräuchten Kinder und Jugendliche Unterstützung, diese Rechte wahrzunehmen. Eine unabhängige Landesbeauftragte oder ein unabhängiger Landesbeauftragter könnten dabei helfen. Wichtig seien die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Kinder- und Jugendarbeit sowie die Beteiligung der jungen Menschen selbst. Der Stelle müssten „Steuerungskompetenzen“ zugesprochen werden. Von Bedeutung seien zudem ein entsprechender Handlungsspielraum sowie ausreichende finanzielle Mittel und genug Personal.

Der Landesjugendring NRW und auch die „Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken“ begrüßten den Antrag im Grundsatz, äußerten jedoch gleichzeitig Kritik. Positiv sei, so der Landesjugendring, dass sich die PIRATEN-Fraktion für eine Stärkung der Rechte im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention einsetze. Die Schaffung der Stelle sei dennoch „weder hinreichend noch zielführend“. Die Wahrung der Kinderrechte dürfe „nicht nur von Einzelnen abhängen und somit Gefahr

laufen, zu einer Alibi-Funktion zu werden“. Es bedürfe „strukturell verbindlicher Maßnahmen sowie die klare Verantwortungsübernahme aller Entscheidungsträger/-innen in Politik und Verwaltung“. Entscheidungen auf Landesebene müssten im Vorfeld auf ihre Auswirkungen für Kinder und Jugendliche hin überprüft werden, erklärten beide Jugend-Organisationen. Zwingend notwendig sei zudem die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz.

„Defizite im System“

Aus Sicht der „Falken“ sind die „gesetzlichen Grundlagen, die Gremien und Institutionen weitgehend vorhanden, um kinderpolitische Interessen besser zu verfolgen“. Die Strukturen würden aber nicht ausreichend genutzt. „Bestehende Defizite im System“ ließen sich jedoch nicht beheben, indem man zusätzliche Strukturen schaffe. Durch eine weitere Instanz werde die Zusammenarbeit „noch komplexer, aber nicht zugleich effektiver oder durchsetzungsfähiger“.

Der Kinderschutzbund hingegen hielt die Einrichtung der Stelle für „unverzichtbar“. Die

oder der Beauftragte dürfe nicht weisungsgebunden sein und müsse sich als „Vertreter und Sprachrohr der in NRW agierenden Organisationen der Interessenvertretung junger Menschen“ verstehen. Gesetzes- und Verwaltungsvorhaben „kritisch-konstruktiv“ zu prüfen und zu begleiten sowie die Verletzung von Kinderrechten zu verfolgen – dies seien zentrale Aufgaben.

Im Antrag sei „die Stelle eher als Verwaltungsmensch definiert“, so der Kinder- und Jugendrat NRW. Es gehe darum, „die rein juristische Einhaltung von Kinder- und Jugendrechten sicherzustellen“. Junge Leute wünschten sich aber vielmehr „eine direkte Art der Beteiligung. Ein Landesbeauftragter wäre nur ein weiterer Funktionär auf Landesebene“. Dies sei zwar „eine Bereicherung für die Kinder und Jugendlichen in NRW, jedoch kein Ersatz für Partizipationsmöglichkeiten“.

Prof. Dr. Manfred Liebel (Internationale Akademie Berlin) nannte es bedauerlich, „dass das Land Nordrhein-Westfalen nach dem Ausscheiden des Kinderbeauftragten im Jahr 2002 seine Pionierrolle auf diesem Gebiet nicht fortgesetzt hat“. Liebel erinnerte an die UN-Kinderrechtskonvention. Die von den PIRATEN geforderte Stelle würde dazu beitragen, einer aus ihr resultierenden Verpflichtung gerecht zu werden. Er bezeichnete den Antrag als „sehr gut und hilfreich“. Die Einrichtung der Stelle solle die Selbstvertretungen junger Menschen nicht ersetzen, sondern stärken. Es müsse sich um eine autonome Position handeln, „nicht um die nachgeordnete Dienststelle eines Ministeriums“. Die oder der Beauftragte sollte vom Landtag gewählt werden. zab

Foto: Schälte



AUS DEN FRAKTIONEN

Diskussionsforum „Zusammen besser leben“ der SPD-Landtagsfraktion

Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper und teurer. Gerade für Durchschnittsverdiener und Familien mit Kindern zehrt die Miete einen großen Teil des Budgets auf. Die SPD-Fraktion im Landtag NRW hat sich deshalb schon

seit Längerem in Land und Bund für Veränderungen stark gemacht. Wir haben eine Mietpreisbremse angestoßen, das Wohngeld erhöht und umfassende Wohnungsbauprogramme gestartet, um mehr günstige Wohnungen für alle sicherzustellen. Norbert Römer, Vorsitzender der SPD-Fraktion, verdeutlicht in seinem Eingangsstatement auf einem Diskussionsforum der Fraktion in Gelsenkirchen: „Wer über Wohnungsbau oder Wohnraum sprechen möchte, der muss auch –



geschmiedet werden und die Menschen friedlich zusammen leben. „Wohnraum muss dort entstehen, wo er gebraucht wird. Und ob eine Wohnung tatsächlich ‚gut‘ ist, hängt nicht nur davon ab, ob sie – je nach Bedarf – altersgerecht, familienfreundlich oder barrierefrei ist. Gute Wohnungen gibt es nur in intakten Nachbarschaften, in einem guten Wohn- und Lebensumfeld.“

Referenten und Podiumsgäste waren Olaf Scholz, Erster Bürgermeister und Präsident

und eigentlich zu allererst – über die öffentliche Lebensqualität in unseren Kommunen reden.“ Da es eben nicht nur um bezahlbare Mieten gehe. Es brauche dafür Städte, Stadtteile und Quartiere, in denen neue Nachbarschaften

des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, Michael Groschek, NRW-Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, Prof. Aladin El-Mafaalani, Professor für Politikwissenschaft an der Fachhochschule Münster, Alexander Rychter, Verbandsdirektor der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen, und Youstra El Makrini, Sprecherin des Jugendrats der Stadt Düsseldorf. Sie gaben Impulse für knapp 150 Gäste aus Kommunen, Politik, Verbänden, Wirtschaft und Wissenschaft, was Politik weiter tun muss und kann, um bezahlbaren Wohnraum in lebenswerten Quartieren zu ermöglichen. ■



CDU legt Wirtschaftspapier vor: Unternehmen brauchen Zutrauen und Freiräume

Im Nachgang zum Spitzengespräch der CDU-Fraktion mit Vertretern der nordrhein-westfälischen Wirtschaft hat die Fraktion eine wirtschaftspolitische Zukunftsagenda mit Vorschlägen für mehr Wachstum und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen beschlossen.



„Die Nachricht vom Nullwachstum muss für die Landesregierung ein Weckruf sein“, sagte Armin Laschet, der CDU-Fraktionsvorsitzende, bei der Vorstellung des Papiers. „Die Wirtschaftskrise in Nordrhein-Westfalen ist hausgemacht. Die Landespolitik kann und muss nun endlich gegensteuern.“

Die Zukunftsagenda zeigt, wie Investitionsbremsen gelöst und bessere Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Arbeitsplätze geschaffen werden können. Dafür brauche es Freiräume für die Unternehmen, so Laschet. Nur durch gemeinsame Anstrengungen von Politik und Wirtschaft werde das Land den Teufelskreis aus schwachem Wachstum, geringen Investitionen, hohen Steuern und daraus folgenden Standortnachteilen durchbrechen können. „Wir wollen Nordrhein-Westfalen wieder in die Spitzengruppe der deutschen Länder führen.“

Diesem Ziel schloss sich auch Ralf Kersting (Foto, rechts), Präsident der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen, an. Er hatte zuvor mit der Fraktion über Wirtschaftspolitik diskutiert: „Soll Nordrhein-Westfalen Industrieland bleiben, müssen wir zu einer Kultur des Zu- und Vertrauens gegenüber unseren Unternehmen zurückfinden“, so Kersting. Dazu gehöre der Abbau von unnötiger Bürokratie und eine Investitionsoffensive für Verkehrswege und Breitbandnetz. „Die Politik sollte den Mut für klare Prioritätensetzungen haben.“ ■



Europa braucht ein starkes politisches Fundament



Nordrhein-Westfalen liegt im Herzen Europas. Themen wie die Flüchtlingssituation, TTIP, Klimapolitik und Terrorprävention, die auf der europäischen Ebene entschieden werden, betreffen die Bürgerinnen und Bürger in NRW unmittelbar. Um sich mit verschiedenen Ak-

teurinnen und Akteuren zu diesen Themen auszutauschen, haben die Grünen Abgeordneten ihre Fraktionssitzung nach Brüssel verlegt und sich vor Ort – unter anderem bei einem Rundgang durch Molenbeek – informiert.

Bevor es im Europäischen Parlament um das Erreichen der Klimaziele von Paris ging, haben die Abgeordneten vor dem Gebäude ein Zeichen

für die Abschaltung der Schrottreaktoren Tihange und Doel gesetzt. Bei den Gesprächen mit Expertinnen und Experten in der NRW-Landesvertretung standen die Flüchtlingspolitik und das Verhältnis zur Türkei im Fokus. Thema in allen Diskussionen – unter ande-

rem mit sechs Europaabgeordneten – war das EU-Referendum in Großbritannien. Als überzeugte Europäerinnen und Europäer haben die Abgeordneten das Ergebnis als herben Rückschlag für die europäische Integration gewertet. Jetzt müssen faire Austrittsverhandlungen folgen. Es braucht eine nüchterne Auseinandersetzung darüber, wie die EU fortentwickelt werden kann, um mehr Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Wachstum und Nachhaltigkeit für alle zu erreichen. Europa kann die Krise nur überwinden, wenn es die sozialen Sorgen und Ängste seiner Bürgerinnen und Bürger beantwortet. Mehr Infos zur Reise: <http://gruene.fr/oa> ■



Startup-Atmosphäre beim Sommerfest der FDP-Fraktion

Startup-Kultur ist mehr als die Förderung von Unternehmensgründern. Startup-Kultur ist eine Haltung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Und genau um dieses Gefühl ging es beim Sommerfest der FDP-Landtagsfraktion. Mut, Zuversicht, Chancen – drei Dinge, die NRW dringend benötigt. „In NRW besteht Nullwachstum und das, obwohl wir großartige Unternehmen in unserem Land haben“, sagte FDP-Fraktionschef Christian Lindner. Unter Rot-Grün erlahmt unser Land jedoch. „Lebensfreude sollte nicht vom Stau und altbackenen Verwaltungsabläufen erstickt werden“, forderte Lindner.

Lebensfreude verbreiteten bis in den späten Abend die rund 1.000 Gäste – unter ihnen Vertreter des diplomatischen Korps, Vertreter von Gewerkschaften, Verbänden und den anderen Landtagsfraktionen.

Zwischen Hashtag-Printer und Gründer-Talk blieb viel Raum für persönliche Gespräche. Bei vier Sessions stand der Austausch mit Gründern und Experten in entspannter Atmosphäre im Mittelpunkt. Lencke Steiner, Vorsitzende der FDP-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, Dr. Juliane Kronen, Gründerin der innatura gGmbH, Max Kronenberg und Jens Wasel, Gründer der KW-Commerce GmbH, sowie Prof. Dr. Nicolas Burkhardt, Professor für Innovation, Change und Leadership an der Fachhochschule des Mittelstands, standen Rede und Antwort. ■



Schluss mit der Dispo-Abzocke: NRW braucht Dispo-Deckel für Sparkassen

Sparkassen als staatliche und dem Gemeinwohl verpflichtete Geldhäuser verlangen von ihren Kunden saftige Dispozinsen. Der durchschnittliche Dispozinssatz bei den Sparkassen in Deutschland beträgt aktuell 10,75 Prozent. Im Privatbankensektor liegt er mit 8,85 Prozent deutlich niedriger. Auch die Sparkassen in NRW erheben hohe Zinsen für die Ausschöpfung des Kreditrahmens.

Der hohe Zinssatz bei den Sparkassen ist nicht nachvollziehbar. Die Kreditinstitute können sich in der derzeitigen Niedrigzinsphase praktisch zum Nulltarif Geld von der Notenbank besorgen. Warum geben die Sparkassen diesen Zinsvorteil beim Dispokredit nicht an ihre Kunden weiter? Die horrenden Dispozinsen lassen viele Verbraucher direkt in die Schuldenfalle tappen.

Im September 2015 hat die Landesregierung NRW einen Gesetzentwurf zur Deckelung der Dispozinsen in den Bundesrat eingebracht. Daraus ergäbe sich aktuell eine Obergrenze von 7,12 Prozent. Der Bundesrat stimmte diesem Gesetzentwurf zu. Allerdings wurde die Forderung nach einer Deckelung von der Bundesregierung abgelehnt. Es besteht also dringender Handlungsbedarf, um der „Dispo-Abzocke“ durch die Sparkassen einen Riegel vorzuschieben. In Zeiten einer Null-Zins-Politik der EZB und einem praktisch gegen Null tendierenden Guthabenzins führt das zu einem auffälligen Missverhältnis zwischen Guthaben- und Schuldzinsen. Und die Zinsen für die Inanspruchnahme von



Dietmar Schulz (PIRATEN)

Dispokrediten stellen eine hohe Belastung von Sparkassenkunden dar.

Das Sparkassenrecht ist Ländersache. Im aktuellen Juli-Plenum fordern wir den Landtag auf, das Sparkassengesetz zu ändern. Die von der rot-grünen Landesregierung geforderte Deckelung der Dispozinsen muss im Sparkassengesetz festgeschrieben werden. Der Zinsdeckel wäre gelebter Ausgleich zur Finanz-

markt-Macht der Sparkassen und auch mit Blick auf den Wettbewerb möglicherweise richtungweisend für den Privatbanken-Sektor. ■



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW

Zum Abschluss die Europahymne

237 junge Leute nahmen beim Jugend-Landtag die Plätze der Abgeordneten ein

23. – 25. Juni 2016 – Es ist heiß, das Thermometer zeigt 33 Grad. Ideales Freibadwetter. Die 237 jungen Leute aber, die im Lauf des Nachmittags im Landtag eingetroffen sind, zieht es nicht ans Wasser. Sie wollen Politik machen – so wie die echten Abgeordneten, deren Plätze sie von nun an drei Tage lang einnehmen werden. Bei ihnen hatten sie sich beworben, von ihnen wurden sie ausgesucht.

Freitag, 23. Juni, kurz nach 16 Uhr. Für die „Axxident“-Breakdancer, sieben Jungs und ein Mädchen aus Bergisch Gladbach, wird der Plenarsaal zur Bühne. Sie stimmen die 237 Abgeordneten des mittlerweile 8. Jugend-Landtags akrobatisch auf die nächsten Tage ein. Und das, was sie da vorführen, sieht ziemlich anstrengend aus.

Doch auch für die Nachwuchs-Abgeordneten werden die nächsten drei Tage kein Zuckerschlecken, kündigt Landtagspräsidentin Carina Gödecke an. Weil aus jungen Leuten Abgeordnete, Fraktionsvorsitzende, Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher werden. Die Präsidentin verspricht aber auch Spaß und Freude.

(Abgeordnete Martina Maaßen). Vorsitzender der FDP-Fraktion wird Burak Altunalev (18), Gymnasiast aus Kerpen (Abgeordneter: Karlheinz Busen), Chef der PIRATEN-Fraktion Kai Boxberg (17), Abiturient aus Wegberg (Abgeordneter: Olaf Wegner).

Der zweite Tag. Es ist der Tag, an dem die Entscheidung Großbritanniens bekannt wird, aus der Europäischen Union auszutreten („Brexit“). Die Nachricht beschäftigt auch die Jugendlichen. Fraktionssitzungen stehen auf dem Terminplan, dann eine Anhörung im Plenarsaal. Themen sind die „Ermöglichung eines Gesellschaftswissenschaftlichen Abiturs“ und die „Einführung eines verpflichtenden Projekts zu Politik in Schulen“. Die Teilnehmerin-

diggensen. „Es gibt kaum Inspirierenderes, als den Landtag mit all seinen Facetten zu erleben“, sagt der 18-jährige Gymnasiast aus Bochum. Er habe im Jugend-Landtag unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen politischen Positionen kennengelernt: „Das politische Interesse eint aber alle.“ Bekommen die Teilnehmer des Jugend-Landtags ausreichend Schlaf? Was hält er vom schottischen Jugendparlament? Der junge Mann beantwortet alle Fragen souverän.

Nachmittags kommt der Ältestenrat zusammen. Es geht darum, die Themen für die Aktuelle Stunde und den Eilantrag auszuwählen. Ergebnis: In der Aktuellen Stunde wird es um die Herabsenkung des Wahlalters auf



Beschlüsse

Die 237 jungen Abgeordneten beschlossen mehrheitlich Anträge zur „Ermöglichung eines Gesellschaftswissenschaftlichen Abiturs“ und zur „Einführung eines verpflichtenden Projektes zu Politik an Schulen“. Der Jugend-Landtag hatte zudem in einer Aktuellen Stunde über die Herabsenkung des Wahlalters auf 16 Jahre und über einen Eilantrag zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens debattiert. Er wurde mehrheitlich angenommen.



Dann geht es auch schon los: Die ersten Fraktionssitzungen stehen an. Zunächst wird gewählt – die Vorsitzenden, ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter, die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Sprecherinnen und Sprecher der Fachausschüsse. Chef der SPD-Jugend-Landtagsfraktion wird Janann Saffi (19), Student aus Mönchengladbach (Abgeordneter: Hans-Willi Körfges), an der Spitze der CDU-Fraktion steht Leon Brink (17), Schüler aus Düsseldorf (Abgeordneter: Peter Preuß), Vorsitzende der GRÜNEN-Fraktion sind Madina Dadshani (19), Abiturientin aus Hagen (Abgeordneter: Herbert Franz Goldmann) und Nick Linsel (16), Gymnasiast aus Viersen

nen und Teilnehmer hatten sie aus insgesamt zehn Vorschlägen ausgewählt.

Für 12.30 Uhr ist eine Pressekonferenz angesetzt. Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Jugend-Landtagspräsident Martin Wendiggensen stellen sich den Fragen der Journalistinnen und Journalisten. Der Jugend-Landtag sei mehr als ein „Planspiel“, sagt die Präsidentin: „Die getroffenen Entscheidungen werden dem Landtag mit der Bitte zur Verfügung gestellt, dass sich die Fachausschüsse damit befassen.“ Sie hoffe, dass die jungen Leute nach dem Jugend-Landtag zu „Botschaftern der repräsentativen Demokratie“ geworden sind – und überlässt das Wort Martin Wen-

16 Jahre gehen, im Eilantrag um die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.

Samstag, Plenarsitzung. Der Höhepunkt des Jugend-Landtags. Die jungen Leute legen sich ins Zeug, fassen ihre Beschlüsse (siehe Kasten) nach engagierten und kontroversen Debatten. Am Ende der Sitzung erklingt die Europahymne, das hatten die Nachwuchs-Abgeordneten so gewünscht. Sie sei „vielleicht die einzige passende Stellungnahme“ auf die Ereignisse in Großbritannien, sagt Landtagspräsidentin Carina Gödecke in ihrem Schlusswort.

Ein Video vom Jugend-Landtag finden Sie unter www.landtag.nrw.de. zab

Porträt: Simone Brand (PIRATEN)



Das ganze Leben ist ein Spiel. Dieser Spruch gilt für Simone Brand, Landtagsabgeordnete der PIRATEN, in besonderer Weise. Die 48 Jahre alte Frau ist Kind des Ruhrgebiets und immer wieder trafen in ihrem Leben Verantwortung, Zufall und ein Spiel nach festen Regeln aufeinander. In Bochum machte sie in der früheren Still Otto GmbH eine Lehre als Kauffrau. In der Firma war auch damals ihr Vater als Diplom-Ingenieur tätig. Aber das sei nicht der entscheidende Grund gewesen, nach dem Abitur (Notenschnitt 1,3) zunächst bodenständig eine Lehre zu absolvieren. „Die Idee war, erst mal Grundlagen für ein späteres BWL-Studium zu legen“, erinnert sich Brand. Nach der Lehre nahm sie dieses Studium auch auf, entdeckte aber bald ihre Liebe zur Psychologie. „Man studiert ja fürs Leben, deshalb habe ich dann zur Psychologie gewechselt.“

Service-Center aufgebaut

Nach dem abgeschlossenen Psychologie-Studium hat Brand einige Zeit im Bereich Qualitätsmanagement/Training gearbeitet, bis sie 2005 zum Glücksspiel-Anbieter Faber wechselte. Sie baute dort im Jahr 2005 ein Service-Center mit 350 Mitarbeitern auf. „Ich bin dort immer noch leitende Angestellte und wenn es 2017 mit der Wiederwahl in den Landtag nicht klappt, kann ich wieder auf meine Position zurückkehren“, sagt Brand. Sie würde den Abschied aus dem NRW-Landtag sehr bedauern. Vorsicht, Politik macht süchtig! Inzwischen hat sie sich gut eingelebt im Düsseldorfer Politik-Betrieb. Gerade kleine Fraktionen wie die PIRATEN müssen in vielen Politikbereichen präsent sein, wenn sie in Ausschüssen mitreden wollen. Die Funktion der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden hat sie kürzlich abgegeben, weil sie zeitlich im Parlamentarischen

Untersuchungsausschuss zur Silvesternacht 2015 als Sprecherin ihrer Fraktion teilweise mehrmals wöchentlich über viele Stunden eingebunden ist. Weitere Schwerpunkte sind Verbraucherschutz, Klimaschutz und Fragen der Integration von Flüchtlingen.

Im Jahr 2009 hatte Brand ein „Schlüssel-Erlebnis“, das den Weg in die Politik ebnete. „Ich war immer politisch interessiert und früher habe ich GRÜNE gewählt. Aber das ging dann nicht mehr wegen Afghanistan und anderer Sachen.“ Am Sonntag der Europawahl versuchte sie dann vor der Stimmabgabe ihr Glück am Wahl-O-Mat. Der analysierte, dass die PIRATEN die richtige für sie sei. Die PIRATEN hätten zwar bei der Europawahl nur einen Achtungserfolg von 1,8 Prozent erzielt. Doch das Interesse Brands war nicht mehr zu bremsen. „Drei Wochen später war ich dann beim ersten PIRATEN-Stammtisch in Dortmund. Kurz darauf gründete ich einen eigenen in Bochum.“ Bei der Landtagswahl 2010 habe sie auf Platz 4 der NRW-Landesliste ihren Hut für die PIRATEN in den Ring geworfen, aber damals reichte der Einsatz noch nicht für den Erfolg. Der Sprung in den Landtag misslang den PIRATEN und das Interesse an der Partei schwand. Fast niemand sei mehr zu den Stammtischen gekommen. Dennoch habe sie in Bochum einen Kreisverband gegründet. Richtigen Schub habe die PIRATEN-Bewegung nach Erfolgen bei der Berlin-Wahl 2011 bekommen. Auch in NRW hätten sich Medien wieder für die Piraten interessiert. „Das war unglaublich. Die WAZ hatte uns eine ganze Seite gewidmet.“

Als es schließlich 2012 in NRW zu Neuwahlen kam, hätten sich mehr als 150 Bewerber auf die Landesliste der PIRATEN gedrängt. Sie sei auf Platz 5 angetreten, 20 PIRATEN waren dann 2012 in den Landtag eingezogen. Die Landtagsverwaltung habe die Neulinge außerordentlich hilfsbereit unterstützt, erinnert sich Brand. Andere Fraktionen hätten die PIRATEN überwiegend kollegial behandelt. Bemerkenswert sei jedoch, dass gelegentlich Gesetzentwürfe der PIRATEN zunächst abgelehnt und dann von den Regierungsfractionen leicht verändert selbst eingebracht worden seien, beispielsweise beim Thema „Erneuerbare Energie für Regierungsgebäude“.

Die begeisterte Pferdesportlerin Brand liebt einwöchige Trails im Sattel in Andalusien oder Tunesien. Im nächsten Jahr im Oktober hat sie jedoch definitiv andere Pläne: Nach genau zehn Jahren wird sie ihren Lebenspartner heiraten. Ob sie dann noch Landtagsabgeordnete sein wird, ist offen. Fest steht aber der Ort der Hochzeit: Las Vegas, die Weltstadt der Spieler. *Heinz Tutt*

Informationstag zum Thema Diabetes

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat das Jahr 2016 unter das Schwerpunktthema „Diabetes“ gestellt. In Deutschland sind bereits heute rund 7,2 Prozent der Bevölkerung erkrankt. Weitere 2,1 Prozent leben mit unentdecktem Diabetes. Prävention und Gesundheitsvorsorge können dazu beitragen, der Krankheit und den Folgeerkrankungen vorzubeugen. Dem Diabetes widmete sich daher auch eine Veranstaltung, die der Landtag am 5. Juli 2016 gemeinsam mit dem Verein „Landesgesundheitsprojekte“ organisiert hatte. Unter dem Motto „Vorbeugen ist besser! Gezielte Prävention, Ernährung und Bewegung – Informationstag rund um den Diabetes“ fanden den ganzen Tag lang Kurzvorträge sowie Workshops statt. Landtagspräsidentin Carina Gödecke sagte: „Das Thema Diabetes ist sowohl aus medizinischer als auch sozioökonomischer Sicht eine sehr große Herausforderung.“ Die weitreichenden und belastenden Folgen betreffen in erster Linie die Erkrankten auf physischer und psychischer Ebene und ihre Familien. Darüber hinaus würden in Deutschland bereits 20 Prozent der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen für die Behandlung aufgewendet.

Besucherzentrum des Landtags geschlossen

Das Besucherzentrum des Landtags hatte am Wochenende des 2. und 3. Juli 2016 zum vorerst letzten Mal seine Pforten geöffnet. Während der parlamentarischen Sommerpause bleibt es geschlossen. Es öffnet seine Türen wieder zu den „Tagen der offenen Tür“ während des großen Bürgerfestes in Düsseldorf zum 70. Geburtstag des Landes NRW am 27. und 28. August 2016.

Neuer Vorsitzender

1.7.2016 – Der Ausschuss für Europa und Eine Welt hat einen neuen Vorsitzenden. Das Gremium wählte den PIRATEN-Abgeordneten **Frank Herrmann** am 1. Juli 2016. Der 55-Jährige folgt auf **Nicolaus Kern** (PIRATEN), der den Ausschussvorsitz niedergelegt hatte.

Gestorben

- 7.6. **Helmut Hellwig** (SPD/82)
MdL 1970–1995
- 13.6. **Antonius Rösenberg** (CDU/73)
MdL 1980–2005



Die SPD-Fraktion lädt Besucherinnen und Besucher ein, sich vor Ort und im Gespräch mit Abgeordneten der Fraktion über die Arbeit im Düsseldorfer Landtag zu informieren. Interessierte können sich bei einer Führung in den SPD-Fraktionsräumen umsehen oder sich „auf ein Stück Kuchen“ mit Abgeordneten austauschen. Außerdem gibt es Foto- und Spielaktionen für große und kleine Gäste.



Der Fraktionssaal der CDU verwandelt sich in ein Klassenzimmer! Wenige Tage nach Ende der Sommerferien steht dort das Thema Schule im Mittelpunkt. Tricks, Infos, Spiele und Fragerunden zu vielen Unterrichtsfächern bestimmen das Programm. Bei uns fällt der Unterricht nicht aus. Es gibt eine Menge zu staunen und zu lachen, kombiniert mit viel Wissenswertem. Und: Es wird sehr magisch.



Wir freuen uns, mit den Bürgerinnen und Bürgern zu feiern. Unter dem Motto „Sag's mit Blumen“ können sie von sich etwas da lassen – aber auch etwas mitnehmen. Mit dem Künstler Manfred Webel können sie ihre Ideen auf großen Blumen-Stickern einbringen, mit „Samenbomben“ für mehr Grün in NRW sorgen. Neben den Abgeordneten erwarten Popcorn-Maschine, Glücksrad und Fotoaktion die Gäste.



Die Freien Demokraten laden zu Politik und Unterhaltung für die ganze Familie ein. Neben Kinderschminken warten weitere Überraschungen auf Sie. Natürlich darf die Politik nicht zu kurz kommen: Unsere 22 Abgeordneten freuen sich auf die Gespräche mit Ihnen – auf Ihre Fragen, Anregungen und Ideen! Und Sie können sich auf eine Zeitreise durch 70 Jahre FDP im Landtag NRW begeben.



Herzlich willkommen bei den Piraten. An der Diskutier Bar gibt es kühle Getränke und gute Gespräche. Gezockt wird auf der LAN Party: die Teilnehmer messen sich bei Onlinespielen. Für eine kleine Pause zwischendurch geht es in die Chill out Area auf die Terrasse mit Liegestühlen und Blick auf den Rhein. Und zur Erinnerung gibt es ein piratiges Bild in der Fotobox.



NRW feiert 70. Geburtstag – Landtag beteiligt sich am Bürgerfest

Am 23. August 2016 wird das Land Nordrhein-Westfalen 70 Jahre alt. Der runde Geburtstag wird vom 26. bis 28. August 2016 mit einem großen Bürgerfest in der Landeshauptstadt Düsseldorf gefeiert. Der Landtag NRW öffnet am Jubiläums-Wochenende, 27. und 28. August 2016, jeweils von 11 bis 19 Uhr seine Türen für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger. Bei den Tagen der offenen Tür präsentieren sich die fünf Fraktionen. Die umfangreichen Angebote finden Sie links auf dieser Seite. Auch die Landtagsverwaltung stellt ihre Arbeit vor. Mehr zum Jubiläum lesen Sie im Innenteil auf den Seiten 10 bis 13.

Foto: Schälte